

# Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg

Forschungsbericht zu ersten Befunden | 15.12.2022

Prof. Dr. Marcus Maurer  
Dr. Jörg Haßler  
Dr. Pablo Jost

## Das Wichtigste in Kürze

### Methode

- Die vorliegende Studie untersucht die Berichterstattung über den Ukraine-Krieg zwischen dem **24. Februar und dem 31. Mai 2022** mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse von rund **4.300 Beiträgen in acht deutschen Leitmedien**: FAZ, Süddeutsche Zeitung, Bild, Spiegel, Zeit, ARD Tagesschau (20 Uhr), ZDF Heute (19 Uhr) und RTL Aktuell (18:45) (mehr Informationen ab S. 1).

### Menge

- Zwischen Ende Februar und Ende Mai ließ die **Berichterstattungsmenge** über den Krieg fast kontinuierlich nach (mehr ab S. 2).

### Themen

- Der **thematische Schwerpunkt** der Berichterstattung lag auf dem Kriegsgeschehen selbst: Ursachen, Entwicklungen und möglichen Maßnahmen zur Beendigung des Krieges. Diese Themen wurden aber überwiegend aus der Perspektive Deutschlands dargestellt (mehr ab S. 4).

### Akteure

- Die Berichterstattung war von politischen **Akteuren** und dabei insbesondere von der deutschen Politik dominiert. Dabei waren Regierungsakteure etwa viermal präsenter als Oppositionsakteure (mehr ab S. 5).

### Bewertung

- Während die Ukraine und Präsident Selenskyj in der Berichterstattung weit überwiegend positiv **bewertet** wurden, wurden Russland und Präsident Putin fast ausschließlich negativ bewertet. Noch positiver als die Ukraine wurde nur Außenministerin Baerbock bewertet. Bei Kanzler Scholz und der Bundesregierung insgesamt überwogen negative Bewertungen. Die Bewertung von Scholz schwankte darüber hinaus im Zeitverlauf stark mit überwiegend positiver Berichterstattung zu Beginn und einem Tiefpunkt Mitte April während der Diskussionen um Waffenlieferungen und einen möglichen Scholz-Besuch in Kiew. Sie unterschied sich tendenziell auch zwischen den Medien, wobei Scholz vor allem in Bild und Spiegel außerordentlich negativ bewertet wurde (mehr ab S. 6).

### Rolle Deutschlands

- Die untersuchten Medien vermittelten insgesamt den Eindruck, die Regierungskoalition sei im Hinblick auf die wichtigsten Entscheidungen einig. Darüber, ob **Deutschland seine Verpflichtungen** gegenüber der Ukraine erfüllt, hielten sich positive und negative Einschätzungen insgesamt die Waage. In beiden Fällen zeigten sich aber deutliche Unterschiede zwischen den Medien, wobei vor allem Bild und Spiegel die Bundesregierung negativer bewerteten als die übrigen Medien (mehr ab S. 9).

### Verursacher

- Als **Kriegsverursacher** stellten die untersuchten Medien fast ausnahmslos Russland und Putin dar. Eine (Mit-)Verantwortung durch die Ukraine oder „den Westen“ (NATO, USA usw.) thematisierten sie zwar auch, aber relativ selten (mehr ab S. 10).

### Maßnahmen

- Von den unterschiedlichen **Maßnahmen zur Beendigung des Krieges** wurden in den untersuchten Medien nur humanitäre Maßnahmen so gut wie ausnahmslos als sinnvoll dargestellt. Als weit überwiegend sinnvoll wurden insbesondere ab April auch die militärische Unterstützung der Ukraine und, etwas weniger eindeutig, die Lieferung schwerer Waffen bewertet. Diplomatische Verhandlungen wurden dagegen in weniger als der Hälfte der Fälle als sinnvoll dargestellt. Nur der Spiegel bewertete diplomatische Maßnahmen als sinnvoller als die Lieferung schwerer Waffen, bei allen anderen Medien war es umgekehrt (mehr ab S. 11).

Die Autoren bedanken sich bei der **Otto Brenner Stiftung** für die finanzielle Unterstützung der Studie.

## Untersuchungsgegenstand

Der russische Krieg gegen die Ukraine ist nach der „Flüchtlingskrise“ und der Corona-Pandemie das dritte große Thema innerhalb der letzten Jahre, bei dem sich die Nachrichtenmedien in Deutschland massiver Kritik ausgesetzt sehen: Die Berichterstattung lasse Meinungsvielfalt vermissen, unterstütze einseitig die Positionen der Bundesregierung und befürworte dabei auch die militärische Unterstützung für die Ukraine, obwohl dies mit wirtschaftlichen und militärischen Risiken für die deutsche Bevölkerung und die ganze Welt verbunden sei. Ob diese Vorwürfe zutreffen, ist bislang unklar, weil sie auf subjektiven Eindrücken Einzelner basieren, die stark durch ihre eigene Konfliktsicht geprägt sind. Eine Antwort auf die Frage, ob die Inhalte von Nachrichtenmedien den publizistischen Grundsätzen von Vielfalt, Ausgewogenheit usw. entsprechen, ist aber aus unterschiedlichen Perspektiven bedeutsam: Zum einen können Erkenntnisse darüber dazu beitragen, journalistische Berichterstattung kritisch zu reflektieren. Zum anderen können sie aber auch dazu beitragen, den Journalismus vor ungerechtfertigten Angriffen zu schützen.

In der vorliegenden Studie untersuchen wir deshalb die Qualität der journalistischen Berichterstattung über den Ukraine-Krieg. Dazu haben wir eine **quantitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung von acht deutschen Leitmedien** durchgeführt. Die Methode der Inhaltsanalyse ermöglicht es, mithilfe eines ausgearbeiteten Messinstruments (Codebuch) weitgehend objektive (intersubjektiv prüfbare) Aussagen über große Mengen von Nachrichtenbeiträgen zu machen. Im Zentrum der Analyse steht die Frage, wie vielfältig und ausgewogen deutsche Nachrichtenmedien über den Krieg und unterschiedliche Positionen zum Krieg berichtet haben und ob sich dies im Verlauf der ersten drei Kriegsmonate verändert hat.

Theoretische Grundlagen sind etablierte Konzepte zur Messung von Medienqualität auf verschiedenen Dimensionen (z.B. Relevanz, Vielfalt, Ausgewogenheit usw.). In empirischer Hinsicht knüpft die Studie an frühere Untersuchungen des Projekt-Teams zur „Flüchtlingskrise“ ([Maurer, Jost, Kruschinski & Haßler 2021](#)) und zur Corona-Krise ([Maurer, Reinemann & Kruschinski 2021](#)) an.

### ZENTRALE FORSCHUNGSFRAGEN IM DETAIL (AUSWAHL)

- Welche Akteure kommen in der Berichterstattung vor und wie werden diese bewertet?
- Welche Maßnahmen zur Lösung des Konflikts werden in den untersuchten Medien thematisiert und wie werden diese bewertet?
- Welche thematischen Schwerpunkte hat die Berichterstattung?
- Unterscheiden sich die untersuchten Medien in ihrer Berichterstattung (Vielfalt im Mediensystem)?
- Spiegeln die untersuchten Medien die Position der Bundesregierung wider und wie werden abweichende Positionen dargestellt?

## Methode

Analysiert wurde die Berichterstattung über den Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen in acht deutschen Leitmedien (FAZ, Süddeutsche Zeitung, Bild, Spiegel, Zeit, ARD Tagesschau (20 Uhr), ZDF Heute (19 Uhr), RTL Aktuell (18:45)) zwischen dem 24. Februar (Tag des russischen Einmarschs) und dem 31. Mai 2022. Die Medien wurden nach ihrer Reichweite, ihrer redaktionellen Linie (politische Ausrichtung) und ihrem vermuteten Einfluss auf die Berichterstattung anderer Medien (Meinungsführermedien) ausgewählt. Wir können mit dieser Untersuchung folglich zwar keine Aussagen über „die Medien“ machen, sondern nur über die acht von

uns untersuchten Leitmedien. Die Berichterstattung anderer etablierter Nachrichtenmedien (z. B. Regionalzeitungen) ist dieser aber mit einer relativ hohen Wahrscheinlichkeit zumindest ähnlich.

Erfasst wurden alle Beiträge (Berichte und Kommentare), die sich mit dem Krieg gegen die Ukraine, dem Kriegsverlauf, Kriegsursachen, Folgen des Krieges für die beteiligten Länder oder Deutschland und/oder Maßnahmen im Kontext des Krieges beschäftigen. Die genannten Aspekte mussten in mindestens einem ganzen Absatz behandelt werden, damit ein Beitrag codiert wurde. Dabei musste es nicht unbedingt um das Kriegsgeschehen selbst gehen. Relevant waren beispielsweise auch Beiträge, die den Krieg in einem politischen oder wirtschaftlichen Kontext thematisierten. Nicht codiert wurden dagegen Beiträge, die sich z.B. mit kommunalen oder regionalen Benefizveranstaltungen anlässlich des Krieges, mit Sport, Filmgesprächen oder Kultur beschäftigen und/oder bei denen der Krieg nur ein Randthema darstellt.

Die Codierung erfolgte auf Beitragsebene, d. h. jedes Merkmal wurde für den gesamten Beitrag erhoben. Neben einer Reihe formaler Merkmale (z.B. Medium, Datum, Stilform, Quelle) haben wir etwa 20 inhaltliche Textmerkmale erfasst, die sich für die Analyse zentraler Kriterien für Medienqualität eignen und in früheren Studien ähnlich verwendet wurden. Dabei haben wir einerseits Kategorien verwendet, in denen wir das Vorkommen von Themen, Akteuren und anderen Textinhalten (z.B. erwähnte Maßnahmen zur Beendigung des Krieges, erwähnte Kriegsfolgen) erfasst haben. In diesen Fällen haben wir pro Beitrag bis zu drei Codierungen (also z.B. bis zu drei Akteure) zugelassen, sodass die Zahl der Codierungen die Zahl der Beiträge überschreiten kann. Andererseits enthält die Studie eine Reihe von Kategorien, mit denen wir Bewertungen und ähnliche Darstellungsaspekte gemessen haben (z.B. die Bewertung der Maßnahmen zur Beendigung des Krieges, die Bewertung der verantwortlichen Akteure). Solche Bewertungskategorien haben wir auf fünfstufigen Skalen (z.B. eindeutig positiv - eindeutig negativ) erfasst und für die Auswertung der Übersichtlichkeit halber auf dreistufige Skalen (z.B. positiv, ambivalent, negativ) zusammengefasst. In unseren Analysen weisen wir dabei in der Regel den Saldo aus positiven und negativen Beiträgen in Prozent aus. Dabei ist es unerheblich, ob die Wertungen in einem Beitrag direkt vom Autor oder von Dritten, die im Beitrag zitiert wurden, stammen.

Nach diesen Kriterien haben die sechs an unserer Untersuchung beteiligten und ausführlich geschulten Codiererinnen und Codierer (Codierteam der Nachwuchsforschungsgruppe DigiDeMo am IfKW der LMU München) 4.292 Beiträge erfasst. Die Codierungen erreichten in allen Fällen gute bis sehr gute Reliabilitätswerte (Maß für die Übereinstimmung der Codierenden untereinander) zwischen 0,71 und 0,98 (Intercodierreliabilität nach Holsti).

## Ergebnisse

### BERICHTERSTATTUNGSMENGE

Schaubild 1 zeigt die Verteilung der 4.292 Beiträge auf die acht untersuchten Medien. Dabei wird deutlich, dass ein großer Teil der Berichte auf die beiden überregionalen Tageszeitungen FAZ (1.166 Beiträge) und Süddeutsche Zeitung (1.071 Beiträge) entfällt. Deutlich weniger Beiträge brachten die Fernsehnachrichten und die Bild. Die wenigsten Beiträge erschienen naturgemäß in den wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmedien Spiegel und Zeit.

**Schaubild 1: Beitragsmenge in den untersuchten Medien**

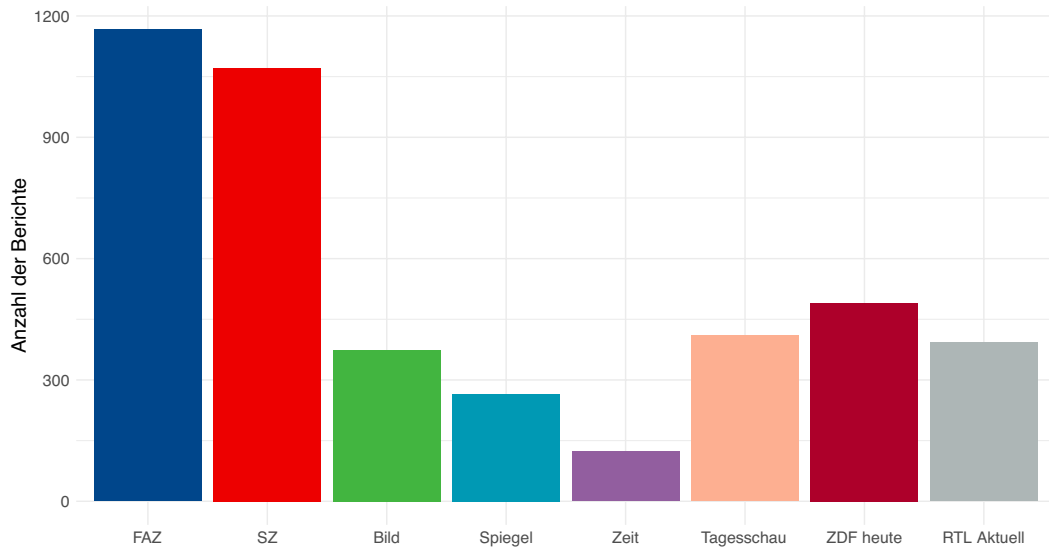
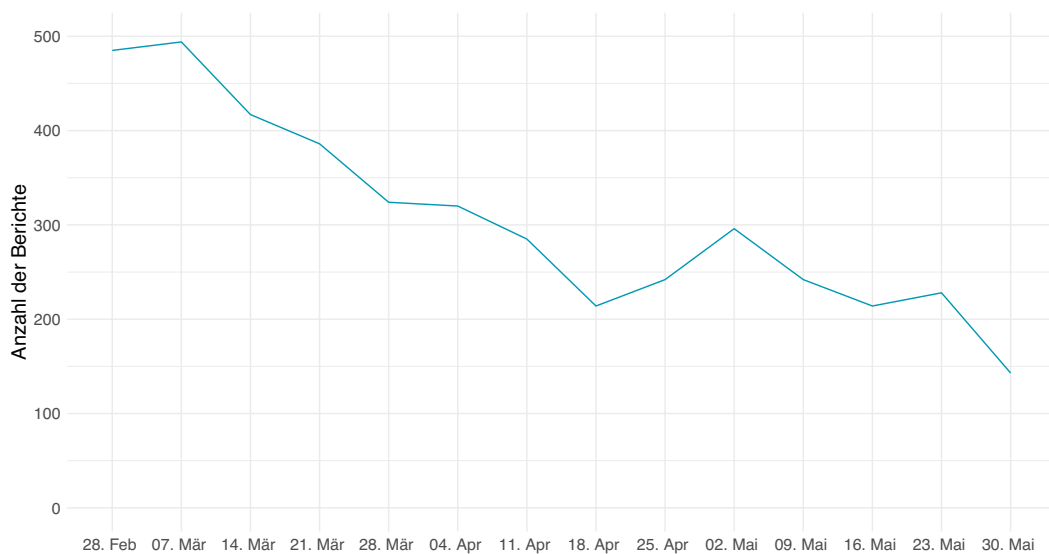


Schaubild 2 zeigt die Entwicklung der Berichterstattungsmenge im Zeitverlauf auf Wochenbasis. Dabei wird erkennbar, dass die wöchentliche Menge der Berichterstattung über den Krieg zwischen Ende Februar und Ende Mai – weitgehend unabhängig von der Relevanz des Kriegsgeschehens und anderer Ereignisse – nahezu kontinuierlich zurückging. Dieses Muster ist aus früheren Krisen wie der „Flüchtlingskrise“ und der Corona-Pandemie bekannt und wird in der Regel mit der Ereignisorientierung von Nachrichtenmedien erklärt: Nachrichtenmedien verlieren im Zeitverlauf zunehmend das Interesse an einem Thema, wenn keine substanziiell neuen Ereignisse mehr geschehen.

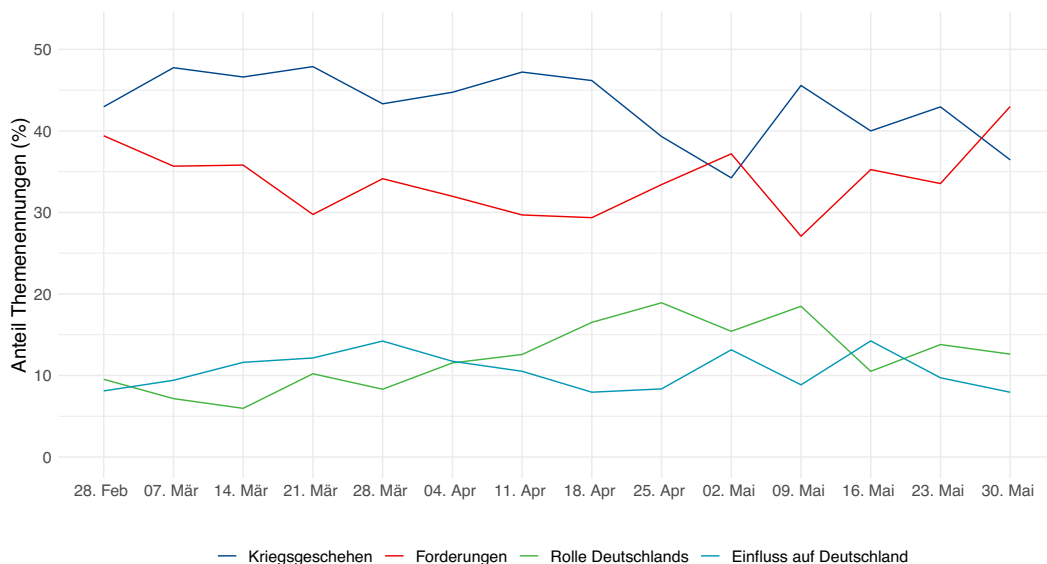
**Schaubild 2: Beitragsmenge im Zeitverlauf**



## SCHWERPUNKTE DER BERICHTERSTATTUNG

Für jeden Beitrag konnten bis zu drei thematische Schwerpunkte erfasst werden. Der Übersichtlichkeit halber fassen wir die Themen hier zusammen in fünf Gruppen: 1) Kriegsgeschehen und -folgen, 2) Forderungen und Maßnahmen zur Beendigung des Krieges, 3) Rolle Deutschlands im Krieg (z.B. Führungsrolle Deutschlands, Verhalten der Bundesregierung), 4) Einfluss des Krieges auf Deutschland (z.B. Gasmangel, Inflation) und 5) sonstige Themen. Die Analysen zeigen zunächst, dass sich die Berichterstattung insgesamt bei weitem überwiegend mit dem Krieg selbst beschäftigt hat, also dem Kriegsgeschehen (40%) und den Forderungen und Maßnahmen zur Beendigung des Krieges (31%). Hieran hat sich im Zeitverlauf auch relativ wenig geändert: Zwar werden im Verlauf des März zunächst zunehmend auch die Probleme, die durch den Krieg für die deutsche Bevölkerung entstehen, und im Verlauf des April zunehmend die Rolle Deutschlands im Krieg thematisiert. Zu allen Zeitpunkten geht es in den von uns untersuchten Medien aber vor allem um den Krieg selbst: seine Ursachen, Folgen und Maßnahmen zu seiner Beendigung.

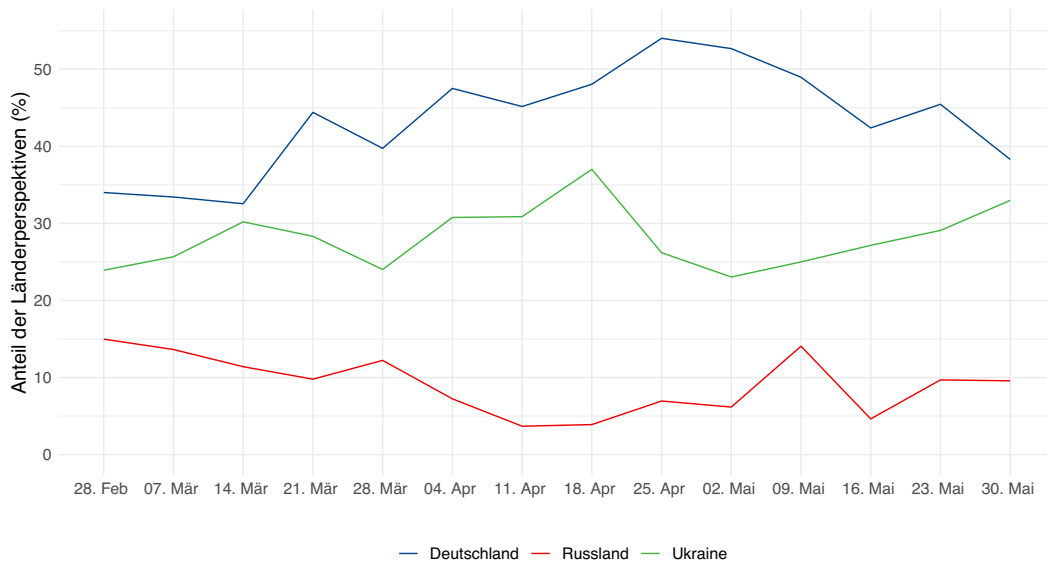
Schaubild 3: Thematische Schwerpunkte der Berichterstattung



Eine andere Frage ist, auf welchen Länderperspektiven der Schwerpunkt der Berichterstattung lag. Hierzu haben wir für jeden Beitrag erfasst, ob er aus der Perspektive der Ukraine (z.B. Entscheidungen der ukrainischen Regierung oder Probleme der ukrainischen Bevölkerung), aus der Perspektive Russlands (z.B. Entscheidungen der russischen Regierung oder Probleme der russischen Bevölkerung), aus der Perspektive Deutschlands (z.B. Entscheidungen der deutschen Regierung oder Probleme der deutschen Bevölkerung) oder aus der Perspektive eines anderen Landes verfasst wurde. Die Analysen zeigen zunächst, dass in den von uns untersuchten Medien insgesamt die Perspektive Deutschlands vorherrschte (42%). Relativ häufig wurde auch die Perspektive der Ukraine eingenommen (28%). Die Perspektive Russlands wurde dagegen sogar deutlich seltener eingenommen (10%) als die Perspektive anderer Länder, z.B. anderer Nachbarstaaten Russlands (20%). Diese Befunde scheinen zunächst im Widerspruch zu den Befunden zu stehen, nach denen es in der Berichterstattung vor allem um den Krieg selbst ging. Sie erklären sich aber dadurch, dass offensichtlich selbst das Kriegsgeschehen oft vor allem aus der Perspektive der deutschen Politik beleuchtet wurde.

Betrachtet man die Entwicklungen im Zeitverlauf, wird erkennbar, dass der Fokus zwar durchgängig vor allem auf der Perspektive Deutschlands lag, dies aber zur Mitte des Untersuchungszeitraums besonders deutlich der Fall war. Ende April/Anfang Mai waren mehr als doppelt so viele Beiträge aus der Perspektive Deutschlands verfasst wie aus der Perspektive der Ukraine.

**Schaubild 4: Länderperspektive im Zeitverlauf**

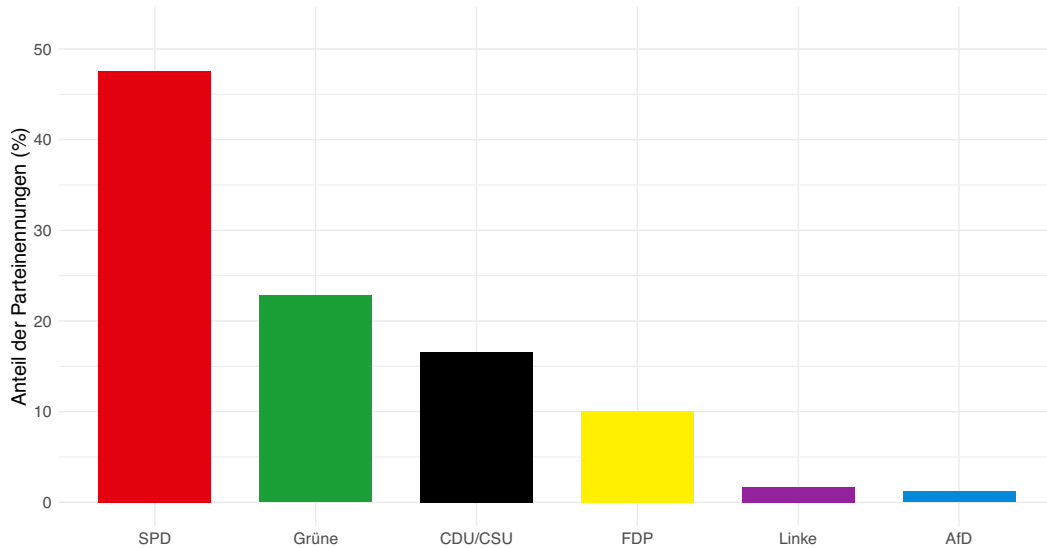


## AKTEURE UND IHRE BEWERTUNG

Für jeden Beitrag haben wir bis zu drei **zentrale Akteure** codiert. Dabei galt nicht jede Person oder Gruppe, die im Beitrag erwähnt wird, auch als Akteur. Vielmehr sollten diese nur dann als Akteure codiert werden, wenn im Beitrag ihre Handlungen beschrieben oder ihre Aussagen direkt oder indirekt zitiert wurden. Betrachtet man alle 12.355 erfassten Akteure, wird zunächst deutlich, dass – anders als beispielsweise während der Corona-Pandemie, in der sehr häufig wissenschaftliche Akteure vorkamen – die Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg in erheblicher Weise von politischen Akteuren dominiert wurde (80% aller Akteursnennungen). Dabei standen vor allem deutsche Politiker und Parteien im Vordergrund (21%). Obwohl die Beiträge nur selten die Perspektive Russlands einnahmen, kamen russische Politiker doppelt so häufig in den Berichten vor (8%) wie ukrainische Politiker (4%). Das Vorkommen russischer und ukrainischer Politiker beschränkte sich insgesamt allerdings weitgehend auf die Präsidenten Putin (7.4%) und Selenskyj (3.5%).

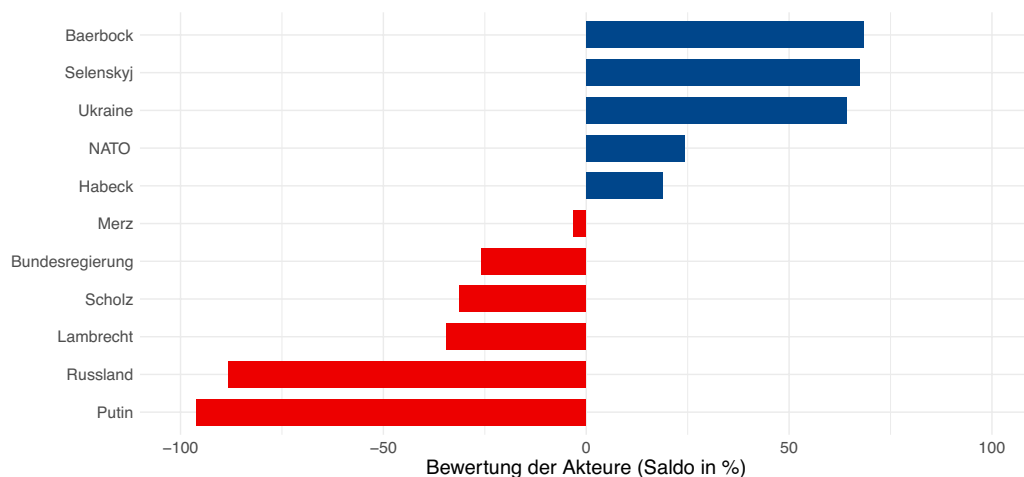
Betrachtet man genauer, welche deutschen Parteien und Politiker die Berichterstattung prägten, zeigt sich das aus Studien zu früheren Krisen bekannte Bild, dass die Oppositionsparteien sowie ihre Vertreter in der Berichterstattung allenfalls marginal vertreten sind. Von den Berichten über deutsche Parteien und ihre Politiker entfielen fast die Hälfte (48%) auf die SPD. Wesentlich seltener kamen die Grünen und ihre Politiker in den Berichten vor (23%). Die CDU/CSU (17%) als größte Oppositionspartei kam zumindest noch häufiger vor als die FDP. Linkspartei und AfD hatten in der Kriegsberichterstattung praktisch keine Medienpräsenz. Vergleicht man die Medienpräsenz von Regierungs- und Oppositionsparteien insgesamt, kam die Regierung auf etwa 80% und somit auf eine mehr als viermal höhere Medienpräsenz als die Opposition.

**Schaubild 5: Anteil einzelner Parteien an allen deutschen Parteiakteuren**



Für jeden erfassten Akteur konnte anschließend eine **Akteursbewertung** auf einer fünfstufigen Skala (eindeutig positiv - eindeutig negativ) codiert werden. Schaubild 5 zeigt den Saldo aus positiven und negativen Bewertungen für elf besonders häufig bewertete Akteure in Prozent. Nahezu ausschließlich positive Bewertungen erhielten dabei die Ukraine (Saldo 64%) und ihr Präsident Selenskyj (67%). Dagegen wurden Russland (-88%) und Präsident Putin (-96%) fast ausschließlich negativ bewertet. Noch positiver als die Ukraine und ihr Präsident schnitt im Urteil der von uns untersuchten Medien allerdings Außenministerin Baerbock ab (68%), während Kanzler Scholz (-31%) und die Bundesregierung insgesamt (-26%) überwiegend negativ bewertet wurden. Gleiches galt für Verteidigungsministerin Lambrecht (-35%), während Oppositionsführer Merz weitgehend ausgeglichen bewertet wurde. Insgesamt zeigt sich nicht, dass die von uns untersuchten Medien gegenüber der Bundesregierung insgesamt besonders kritiklos waren. Vielmehr bewerteten sie nur die grünen Minister Baerbock und Habeck (19%) deutlich positiv, während sie die übrigen Regierungsglieder überwiegend kritisierten.

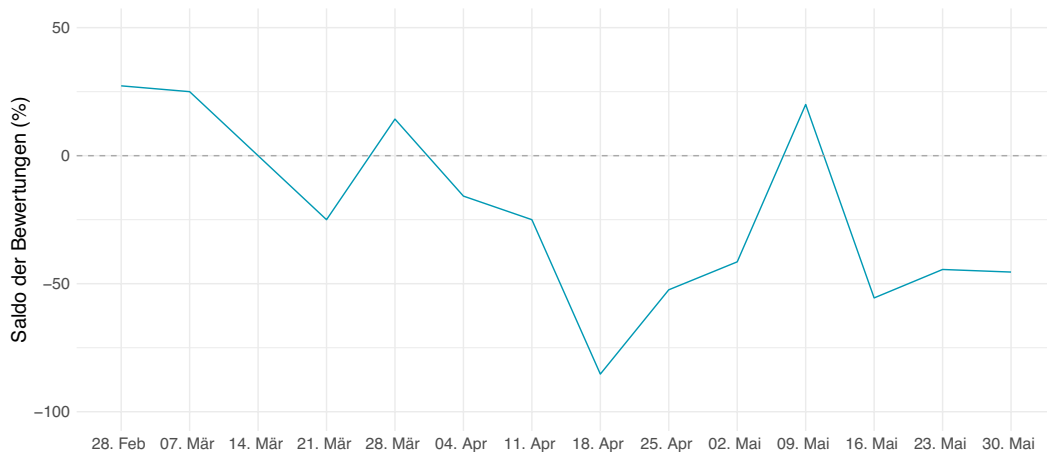
**Schaubild 6: Bewertung der wichtigsten Konfliktakteure**





Während die meisten Akteure zu selten bewertet wurden, um Veränderungen auf Wochenbasis aufzuzeigen, und sowohl Putin, als auch Selenskyj so eindeutig bewertet wurden, dass im Zeitverlauf kaum Veränderungen erkennbar sind, nimmt die Bewertung von Bundeskanzler Scholz im Untersuchungszeitraum einen bemerkenswerten Verlauf. Wurde Scholz nach seiner Zeitenwende-Rede am 27. Februar in den ersten drei Wochen nach Kriegsausbruch noch überwiegend positiv bewertet, verschlechterte sich seine Bewertung bis Mitte April im Zuge der anhaltenden Diskussionen um Waffenlieferungen und einen möglichen Scholz-Besuch in der Ukraine fast kontinuierlich. Nachdem die Berichterstattungstendenz Anfang Mai kurzzeitig wieder leicht ins Positive gewechselt war, verschlechterte sie sich zum Ende des Untersuchungszeitraums erneut deutlich.

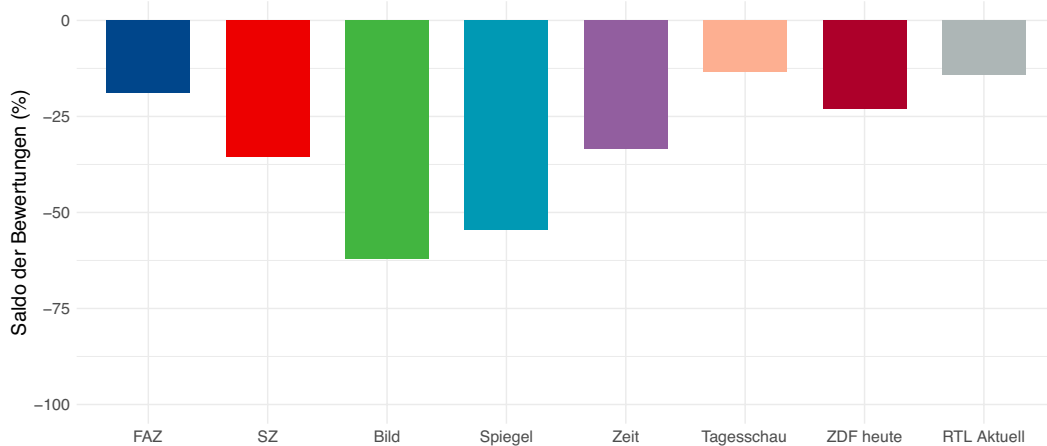
**Schaubild 7: Bewertung von Bundeskanzler Scholz im Zeitverlauf**



Betrachtet man die Darstellung von Scholz in unterschiedlichen Medien (Schaubild 8), zeigt sich, dass alle von uns untersuchten Medien Scholz überwiegend negativ dargestellt haben. Allerdings zeigen sich hier auch Unterschiede im Ausmaß der negativen Darstellung. Besonders negativ wurde Scholz von der Bild (-62%) und dem Spiegel (-54%) bewertet. Am wenigsten negativ berichteten die Tagesschau (-13%), RTL aktuell (-14%) und etwas überraschend die grundsätzlich konservative und damit Scholz eigentlich eher nicht nahestehende FAZ (-19%).

Um die Bewertungen von Scholz noch etwas präziser zu erfassen, haben wir auch codiert, wie seine **Fähigkeit und Bereitschaft, Entscheidungen zu treffen**, in den Medien charakterisiert wurde. Dabei unterscheiden wir vier mögliche Charakterisierungen: 1) geringe Entscheidungsbereitschaft, negativ konnotiert (zögerlich, zaudernd); 2) geringe Entscheidungsbereitschaft, positiv konnotiert (überlegt, abwägend); 3) hohe Entscheidungsbereitschaft, negativ konnotiert (unüberlegt, widersprüchlich) und 4) hohe Entscheidungsbereitschaft, positiv konnotiert (entscheidungsstark, tatkräftig). Die allgemeinen Befunde zeigen zunächst, dass Scholz nur sehr selten als überlegt/abwägend (4% aller Beiträge über Scholz) oder unüberlegt/widersprüchlich (2%) charakterisiert wurde. Am häufigsten wurde er als zögerlich/zaudernd (30%) und entscheidungsstark/tatkräftig (10%) bezeichnet. Die Fallzahlen reichen hier nicht für eine wöchentliche Betrachtung der Veränderungen aus. Auf Monatsbasis zeigt sich aber, dass der Verlauf dieser Bewertungen dem Verlauf der Gesamtbewertung von Scholz weitgehend entspricht: Während Scholz zunächst überwiegend als entscheidungsstark/tatkräftig charakterisiert wurde, änderte sich dies bereits im März. Von da an galt er in den von uns untersuchten Medien deutlich überwiegend als zögerlich/zaudernd.

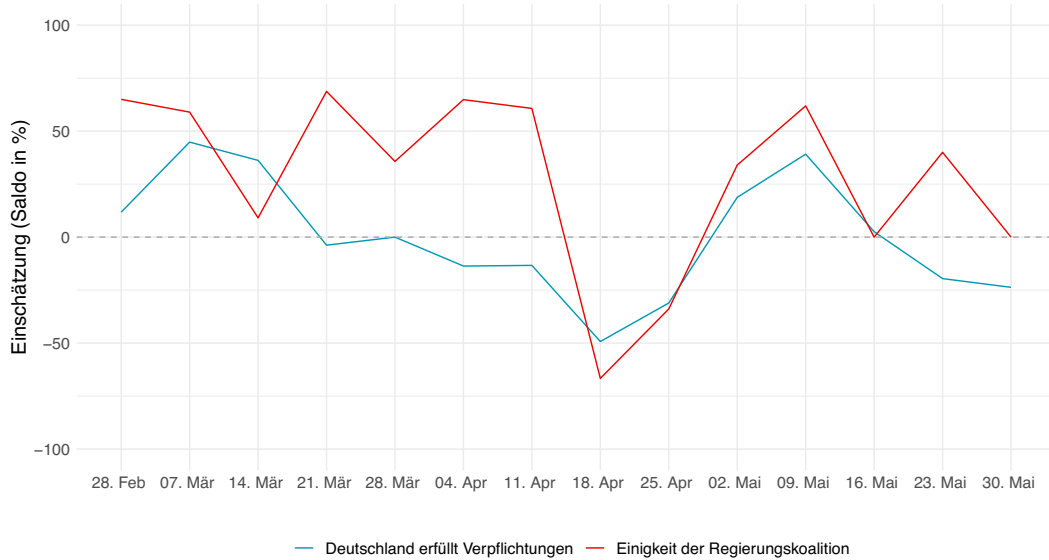
**Schaubild 8: Bewertung von Bundeskanzler Scholz im Medienvergleich**



Neben der Bewertung der wichtigsten Akteure haben wir auch zwei weitere, etwas spezifischere **Bewertungen der Bundesregierung** in die Analyse aufgenommen: Zum einen haben wir auf einer fünfstufigen Skala erhoben, ob die Beiträge den Eindruck vermitteln, dass Deutschland seine (moralischen) Verpflichtungen in Bezug auf den Ukraine-Krieg erfüllt oder nicht (Verpflichtungen werden eindeutig erfüllt – Verpflichtungen werden eindeutig nicht erfüllt). Worin die Verpflichtungen bestehen können (z.B. humanitäre Hilfe, Aufnahme von Geflüchteten, Waffenlieferungen), haben wir hier zunächst bewusst offengelassen. Zum anderen haben wir erfasst, ob die Beiträge den Eindruck vermitteln, dass innerhalb der Regierungskoalition in Bezug auf den Ukraine-Krieg eher Einigkeit oder eher Uneinigkeit herrscht (eindeutig einig/geschlossen – eindeutig nicht einig/geschlossen).

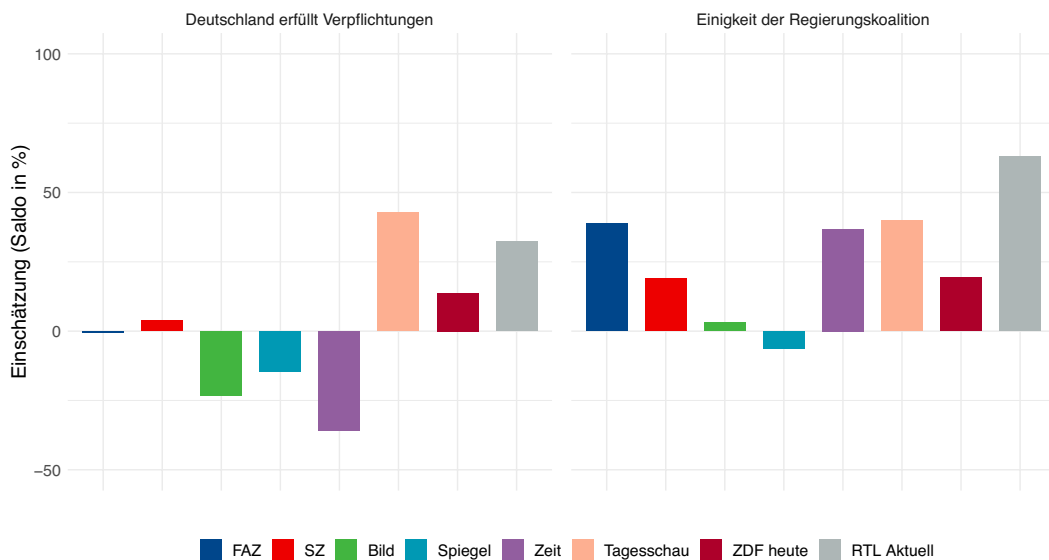
Dabei vermitteln insgesamt ähnlich viele Beiträge den Eindruck, Deutschland komme seinen Verpflichtungen nach (38%), wie den gegenteiligen Eindruck vermitteln (36%). Zugleich überwiegt in der Berichterstattung der Eindruck, in der Regierungskoalition herrsche Einigkeit (60%). Im Zeitverlauf weisen beide Indikatoren allerdings erhebliche Schwankungen auf, die zudem fast exakt parallel verlaufen. Demnach wurde vor allem zu Kriegsbeginn der Eindruck vermittelt, Deutschland erfülle seine Verpflichtungen und die Bundesregierung sei einig. Dies änderte sich jedoch deutlich im Verlauf des Aprils als Kanzler Scholz von mehreren Mitgliedern der Regierungsparteien zur Lieferung schwerer Waffen und zu einem Besuch der Ukraine gedrängt wurde, beides aber zunächst ablehnte. Anfang Mai hatten sich diese negativen Darstellungen dann wieder ins Positive gewendet, nachdem die Bundesregierung die Lieferung schwerer Waffen Ende April beschlossen hatte. Auch dieser Verlauf ähnelt folglich weitgehend dem Verlauf der Tendenz der Darstellung von Kanzler Scholz.

**Schaubild 9: Darstellung der Bundesregierung im Zeitverlauf**



In beiden Fällen zeigen sich zudem deutliche Unterschiede in der Berichterstattung der verschiedenen Medien. Während die drei Fernsehnachrichtensendungen deutlich überwiegend den Eindruck vermittelten, Deutschland erfülle seine Verpflichtungen, und sich die Einschätzungen in den beiden überregionalen Tageszeitungen weitgehend die Waage hielten, dominierte in der Bild, aber auch in Spiegel und Zeit die Position, Deutschland erfülle seine Verpflichtungen eher nicht. Der Regierungskoalition wurde in allen Medien außer dem Spiegel überwiegend Einigkeit attestiert. Bei der Bild hielten sich die Einschätzung von Einigkeit und Uneinigkeit in etwa die Waage.

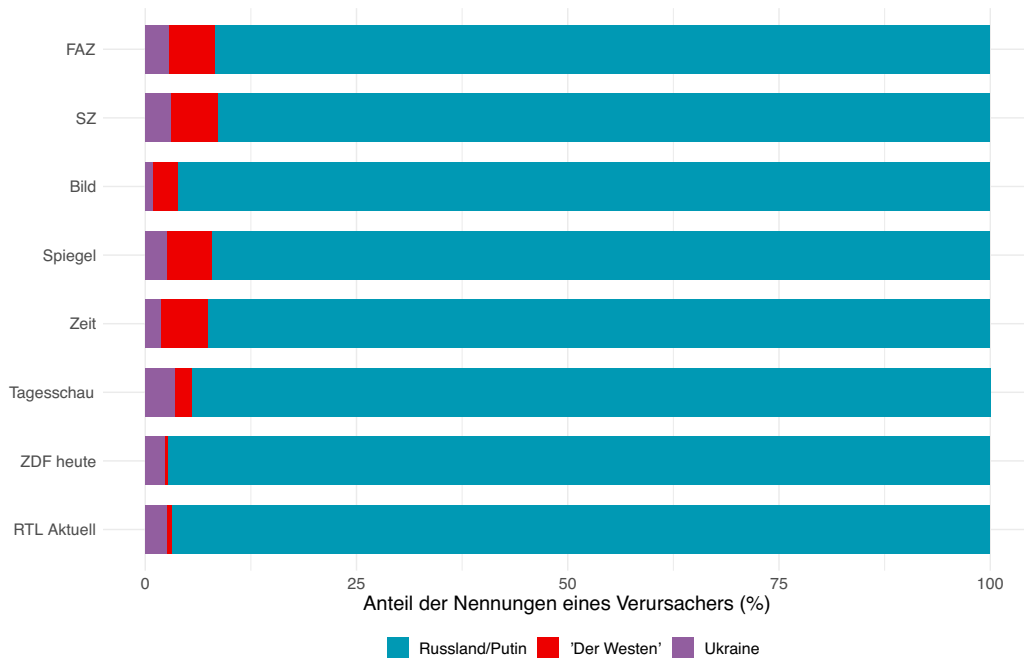
**Schaubild 10: Darstellung der Bundesregierung im Medienvergleich**



## KRIEGSVURURSACHER UND MASSNAHMEN ZUR BEENDIGUNG DES KRIEGES

Um zu messen, wer in den von uns untersuchten Medien als **Verursacher des Ukraine-Krieges** bezeichnet wurde, haben wir für jeden Beitrag drei potenzielle Verursacher erfasst: Russland, die Ukraine und „der Westen“, also die USA, die NATO usw. Es konnten für jeden Beitrag folglich auch zwei oder alle drei Genannten als Verursacher codiert werden. Dennoch wurde in nahezu allen Beiträgen (93%) Russland bzw. Präsident Putin die alleinige Verantwortung für den Krieg zugeschrieben. „Der Westen“ wurde in nur 4% als (mit-)verantwortlich bezeichnet, die Ukraine noch seltener (2%). Andere Verursacher als Russland wurden zudem allenfalls in den beiden überregionalen Tageszeitungen sowie in Spiegel und Zeit in nennenswerter Häufigkeit erwähnt (je etwa 10%).

**Schaubild 11: Nennung von Kriegsverursachern im Medienvergleich**

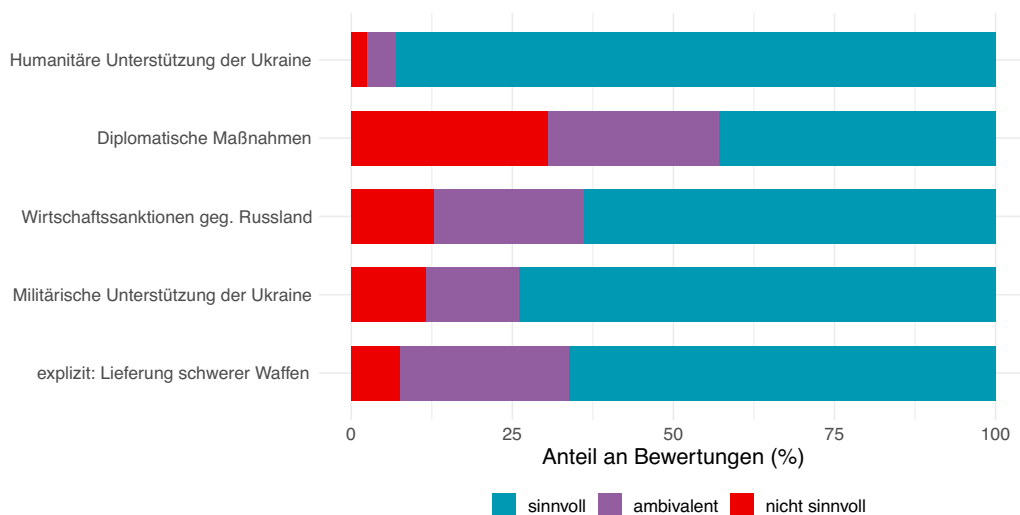


Die vielleicht zentrale Streitfrage im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg war während unseres Untersuchungszeitraums und ist prinzipiell bis heute, welche Maßnahmen am ehesten geeignet sind, den Krieg zu beenden. Um zu messen, wie dies in den von uns untersuchten Medien dargestellt wurde, haben wir zunächst erfasst, welche **Maßnahmen zur Beendigung des Krieges** in einem Beitrag erwähnt wurden. Dabei konnten bis zu drei Maßnahmen codiert werden. Für jede dieser Maßnahmen haben wir anschließend auf einer fünfstufigen Skala erfasst, als wie sinnvoll diese Maßnahmen bewertet wurden (eindeutig sinnvoll - eindeutig nicht sinnvoll). Für die Analysen konzentrieren wir uns hier auf die fünf Maßnahmen, die am häufigsten thematisiert wurden und die Konfliktlinien am besten abbilden: Humanitäre Maßnahmen (z.B. Lieferung von Lebensmitteln, Medikamenten), diplomatische Maßnahmen, militärische Unterstützung für die Ukraine, wobei wir noch einmal explizit die Lieferung schwerer Waffen unterscheiden, und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland.

Die Analysen zeigen, dass sich die Berichterstattung mit Abstand am häufigsten Wirtschaftssanktionen gegen Russland widmete (1.168 Nennungen), wobei die Medien diese Maßnahme in zwei Dritteln der Fälle (66%) wertend einordneten. Militärische Unterstützung für die Ukraine wurde in 748 Fällen thematisiert und in 72% dieser Fälle bewertet. Deutlich seltener thematisierten die Medien diplomatische Maßnahmen (393; in 66% bewertet) sowie explizit die Lieferung schwerer Waffen (330; in 83% bewertet). Humanitäre Maßnahmen waren noch seltener Gegenstand medialer Berichterstattung (284) und wurden zudem am seltensten bewertet (56%).

Betrachtet man die Richtung der **Bewertung**, wird erkennbar, dass humanitäre Maßnahmen in den von uns untersuchten Medien mit Abstand am ehesten als sinnvoll bewertet wurden (93%). Außerdem bewerteten die von uns untersuchten Medien auch die militärische Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen (74%) außerordentlich positiv. Etwas weniger deutlich, aber immer noch als überwiegend sinnvoll wurde auch die Lieferung von schweren Waffen bewertet, wenn diese explizit angesprochen wurde (66%). Ähnlich häufig als sinnvoll bewertet wurde zudem die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen (64%). Diplomatische Verhandlungen wurden dagegen in weniger als der Hälfte der Beiträge (43%) als sinnvoll erachtet.

**Schaubild 12: Bewertung unterschiedlicher Maßnahmen zur Beendigung des Krieges**

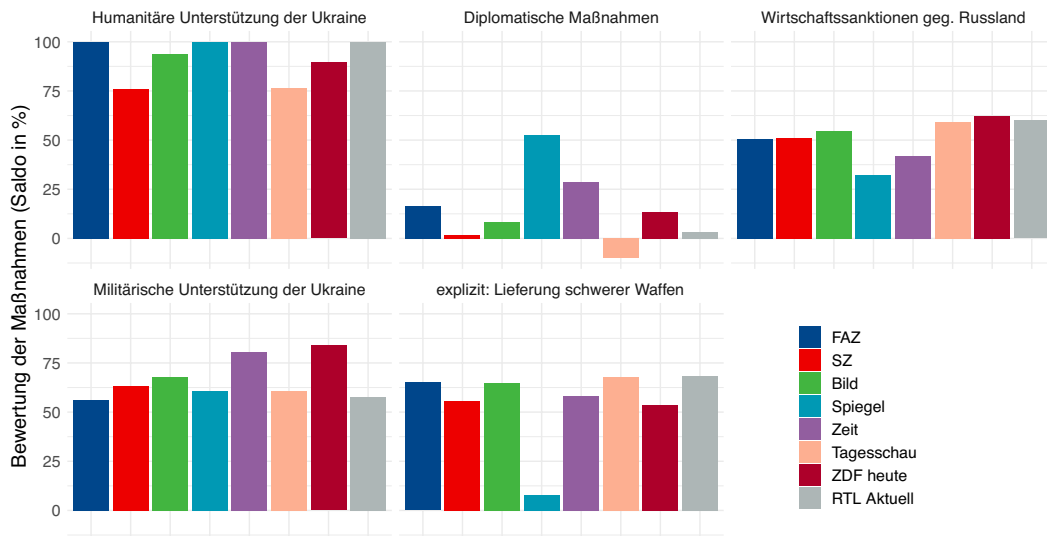


Eine zentrale Frage der öffentlichen Diskussion war auch, ob „die Medien“ in dieser Frage eine einheitliche Position vertreten oder eher gespalten sind. Unsere Analysen zeigen, dass die Lieferung schwerer Waffen von allen untersuchten Medien mit Ausnahme des Spiegel deutlich überwiegend befürwortet wurde (Saldo aus positiven und negativen Bewertungen jeweils über 50%). Im Spiegel dagegen hielten sich ablehnende und befürwortende Beiträge in etwa die Waage (Saldo 8%). Deutlich unterschiedlicher fielen die Urteile über diplomatische Maßnahmen aus. Diese wurden vom Spiegel mit Abstand als am sinnvollsten bewertet (Saldo 53%), womit der Spiegel auch das einzige der untersuchten Medien war, das diplomatische Verhandlungen positiver bewertete als die Lieferung schwerer Waffen.

Auch die Zeit, die FAZ und die heute-Nachrichten beschrieben diplomatische Maßnahmen deutlich überwiegend als sinnvoll, wohingegen sie von der Tagesschau sogar leicht überwiegend als nicht sinnvoll beschrieben wurden (-10%). Relativ ähnlich positiv fielen die Urteile der von uns untersuchten Medien über Waffenlieferungen im Allgemeinen aus. Zwar unterstützten Spiegel und Tagesschau diese Maßnahme etwas weniger

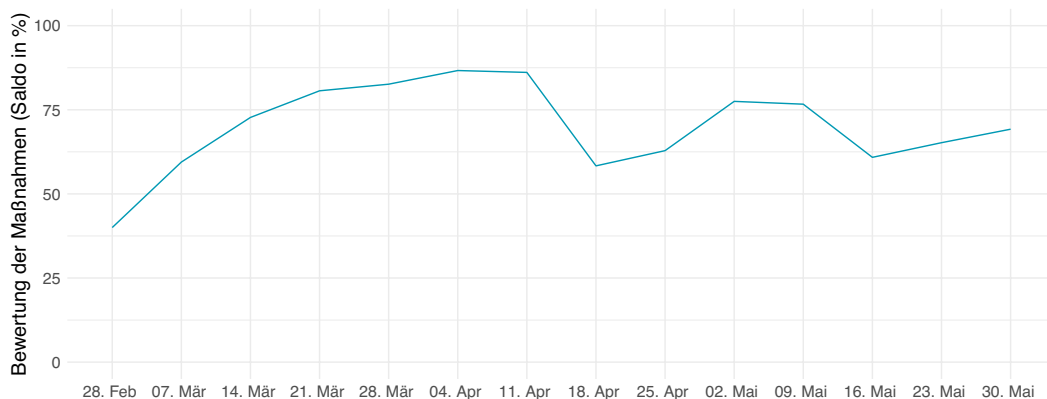
als z. B. Bild und die heute-Nachrichten. Insgesamt wurden Waffenlieferungen aber in allen untersuchten Medien mehrheitlich als sinnvoll eingeschätzt. Gleiches galt auch für wirtschaftliche Sanktionen, wobei die Urteile im Spiegel und in der Zeit etwas weniger eindeutig ausfielen als in den übrigen Medien, und für humanitäre Maßnahmen.

**Schaubild 13: Bewertung der Maßnahmen im Medienvergleich**



Im Verlauf unseres Untersuchungszeitraums zeigt sich vor allem im Hinblick auf die militärische Unterstützung für die Ukraine ein bemerkenswerter Trend. Betrachten wir hier wieder den Saldo aus positiven und negativen Darstellungen, wird erkennbar, dass die militärische Unterstützung der Ukraine in den von uns untersuchten Medien zwar von Beginn an überwiegend als sinnvoll charakterisiert wurde – zunächst allerdings nur leicht überwiegend. Dies änderte sich massiv im Verlauf des März, in dem die mediale Zustimmung zu einer militärischen Unterstützung der Ukraine zunächst deutlich zunahm und fortan weitgehend auf diesem hohen Niveau verblieb.

**Schaubild 14: Bewertung der militärischen Unterstützung für die Ukraine im Zeitverlauf**



## Fazit

Das Fazit unserer Studie fällt durchaus differenziert aus. In einigen Fällen haben die von uns untersuchten Medien tatsächlich sehr einheitlich über den Krieg berichtet. Das betrifft insbesondere die Zuschreibung der Kriegsverantwortung an Russland und die Bewertung der beiden Kriegsparteien. Dieses Berichterstattungsmuster ist aber wenig verwunderlich, weil Russland – bei allem möglichen Verständnis für eine dort vielleicht als bedrohlich wahrgenommene Ost-Erweiterung der NATO – einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, der wenig Spielraum für andere Bewertungen lässt.

In anderen Fällen ist die Einheitlichkeit der Berichterstattung allerdings weniger trivial. Dies betrifft insbesondere die Bewertung der unterschiedlichen Maßnahmen zur Beendigung des Krieges. Dass die militärische Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen und die Lieferung schwerer Waffen im Besonderen in den meisten der untersuchten Medien als deutlich überwiegend sinnvoll und auch als sinnvoller als diplomatische Maßnahmen dargestellt wurden, ist angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine verständlich, überrascht in dieser Deutlichkeit aber dennoch und ist in früheren vergleichbaren Fällen vermutlich (hierzu liegen allerdings keine empirischen Daten vor) anders ausgefallen. Umso bemerkenswerter ist, dass der Spiegel als einziges Medium zumindest über die Lieferung schwerer Waffen sehr abwägend berichtete und eine diplomatische Lösung als sinnvoller darstellte. Vollkommen einheitlich berichteten die untersuchten Medien also nicht. Warum sich die meisten der hier untersuchten Medien in diesem Fall so deutlich für eine militärische Unterstützung der Ukraine ausgesprochen haben, ist eine sehr wichtige Frage, die wir mit unseren Inhaltsanalyse-Daten aber nicht klären können.

Schließlich fiel die Medienberichterstattung in einigen Fällen auch gar nicht einheitlich und schon gar nicht regierungsfreundlich aus. Kanzler Scholz wurde zwar zunächst für seine Entscheidungsfreudigkeit gelobt, dann aber als Zauderer kritisiert, weil er mit der Lieferung schwerer Waffen und einem Besuch in der Ukraine abwartete. Auch wenn ihn insgesamt alle untersuchten Medien überwiegend kritisierten, fielen die Urteile doch sehr unterschiedlich stark negativ aus. Ähnlich negativ wurde insgesamt auch über die Bundesregierung berichtet, wobei sich teilweise aber auch vollkommen entgegengesetzte Bewertungen in den unterschiedlichen Medien zeigten und nicht alle Regierungsmitglieder gleichermaßen von der Kritik betroffen waren. Alles in allem deutet aber vieles darauf hin, dass die Medienberichterstattung – ähnlich wie in der Corona-Pandemie – nicht regierungsnah war, sondern die Regierung eher für ihre zögerliche Haltung kritisierte.